



**SEEHEIMER**  
KREIS  
**STRATEGIEPAPIER**

**FÜR EINEN MEHRDIMENSIONALEN  
WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN  
UMGANG MIT CHINA**



**SEEHEIMER KREIS**  
in der SPD-Bundestagsfraktion

**Seeheimer Strategiepapier**  
April 2023



# SEEHEIMER STRATEGIEPAPIER

## FÜR EINEN MEHRDIMENSIONALEN WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN UMGANG MIT CHINA

Der Umgang mit der Volksrepublik China ist eine unserer zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen. China ist die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und einer unserer wichtigsten Handelspartner. Gleichzeitig hat sich China unter der Führung von Xi Jinping stark verändert – sowohl innen- als auch außenpolitisch. Deshalb ist es wichtig, einen ehrlichen, direkten und pragmatischen Dialog mit China zu führen. Hierzu gehört auch, Menschenrechtsverletzungen wie die anhaltende Unterdrückung der Uiguren oder die Niederschlagung der Proteste in Hongkong kritisch zu adressieren. Sie stehen im klaren Widerspruch zu unserem Verständnis von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

In seinem außenpolitischen Auftreten ist China zunehmend selbstbewusster und formuliert seine Interessen deutlich klarer. Wir müssen den potentiellen Konflikt in all seinen Ausprägungen zwischen China, Taiwan und der Indopazifik-Region im Blick behalten und klar Position beziehen. Im Fall von eskalierenden Konflikten muss die EU mit einer Stimme sprechen und sich mit unseren transatlantischen Partnern abstimmen. Im Umgang mit China darf nicht außer Acht gelassen werden, dass China vor großen innenpolitischen Herausforderungen steht. Insbesondere das verlangsamte Wirtschaftswachstum (u.a. Corona-Delle) und die Folgen des demografischen Wandels, zum Beispiel aufgrund der früheren Ein-Kind-Politik, dürfen dabei nicht unterschätzt werden.

Putins Angriffskrieg hat die weltweite Friedensordnung in Frage gestellt. Es ist gut, dass unser Bundeskanzler den Dialog mit China pflegt und eine engere Zusammenarbeit zur außenpolitischen Leitlinie macht, mit dem Ziel der Bewältigung weltweiter Krisen. Abschottung darf keine Maxime der Zeitenwende sein. Staatspräsident Xi Jinping hat im Schulterchluss mit Bundeskanzler Olaf Scholz verdeutlicht, dass atomare Drohgebärden brandgefährlich sind und der Einsatz von Atomwaffen eine rote Linie überschreitet. Das ist ein wichtiger Erfolg. Wir sind überzeugt, dass China seinen Einfluss stärker geltend machen muss und den russischen Krieg nicht unterstützen darf.





Aufgrund seiner wirtschaftlichen und politischen Macht ist China ein wichtiger Akteur und Partner, um globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel, dem drohenden nuklearen Wettrüsten und den zahlreichen Konfliktherden weltweit zu begegnen. Zugleich hat sich China zunehmend zu einem Wettbewerber und systemischen Rivalen entwickelt. Jahrzehntlang hat Deutschland von der wirtschaftlichen Entwicklung in China profitiert. Die Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine haben jedoch die einseitige Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von China verdeutlicht.

Vor diesem Hintergrund fordern wir eine abgestimmte, einheitliche und langfristige Strategie innerhalb der Bundesregierung im Umgang mit China. Aktuell handeln sich die Spitzen des Auswärtigen Amtes und des Bundeswirtschaftsministeriums von Einzelfall zu Einzelfall. Im Zentrum steht dort mehr die innenpolitische Symbolkraft getroffener Maßnahmen als eine weitsichtige Politik.

**Es darf keine eindimensionale deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik gegenüber China geben. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Putins hat deutlich gemacht, dass Deutschland und die EU eine mehrdimensionale Handelspolitik betreiben müssen. Lieferketten müssen diversifiziert und neue Partnerschaften geschlossen werden. Gleichzeitig ist der offene und ehrliche Austausch mit China umso wichtiger. Hier muss die EU ihre Stärke deutlich machen und künftig mit einer Stimme sprechen.**

Ziel unserer Politik ist immer auch, für unsere Errungenschaften wie Demokratie, Menschenrechte, freien und fairen Handel sowie die soziale Marktwirtschaft einzutreten. Wir fordern im Umgang mit China eine konsequente, progressive und kohärente wirtschaftspolitische Strategie entlang folgender Leitlinien:

## **KRITISCHE PARTNERSCHAFT, KONSTRUKTIVER UMGANG UND KEINE ENTKOPPLUNG**

Das deutsch-chinesische Handelsvolumen beträgt mit rund 250 Milliarden Euro pro Jahr mehr als das Vierfache des Volumens mit Russland vor Putins Angriffskrieg auf die Ukraine. Die Abhängigkeiten sind beidseitig vielfältig: In China erwirtschaften DAX-Unternehmen mehr als ein Drittel ihres gesamten Konzernumsatzes. Die deutsche Wirtschaft ist von zahlreichen Importen aus China abhängig, ohne die die Produktion in Deutschland stillstehen würde. Die





Energiewende in Deutschland ist etwa derzeit ohne Rotorblätter für Windräder oder Solarpanels kaum denkbar und die chemische Industrie kann ohne wichtige Rohstoffe nicht weiter produzieren. Allein in Deutschland finden sich kritische Importabhängigkeiten in rund 300 Fällen.

**Ein abruptes Ende der Handelsbeziehungen mit China wäre ein ökonomisches Desaster. Wir sind für die Sicherheit der heimischen Arbeitsplätze verantwortlich. Insofern darf eine kohärente China-Strategie folgerichtig keine „Anti-China“-Strategie sein, die die Entkopplung Deutschlands von China als Ziel verfolgt.**

### **DIVERSIFIKATIONSPROZESSE FÖRDERN – ABHÄNGIGKEITEN REDUZIEREN**

Die EU muss neue strategische Handelspartnerschaften eingehen. Nur so können die deutsche Wirtschaft vor geopolitischen Verschiebungen geschützt und die Resilienz deutscher und europäischer Unternehmen nachhaltig gestärkt werden. Die EU muss sich ihrer Stärke als Binnenmarkt bewusst sein und gegenüber globalen Wettbewerbern selbstbewusst und geschlossen auftreten. Gleichzeitig ist China auf den europäischen Absatzmarkt angewiesen. Das zeigt: Zwischen den beiden Handelsblöcken herrscht eine gegenseitige Abhängigkeit, die ein starkes europäisches und folglich auch deutsches Auftreten ermöglicht.

**Wir wollen Diversifikationsprozesse der deutschen und europäischen Wirtschaft noch stärker fördern. Aufgabe deutscher Außen- und Wirtschaftspolitik muss die Schaffung neuer Importquellen sein. Gleichzeitig müssen wir unsere europäische Wirtschaft durch einen Industrietrompreis international wettbewerbsfähig machen. Durch Anreizstrukturen der EU müssen Unternehmen ihre Resilienz im internationalen Wettbewerb stärken können.** Dabei muss sichergestellt werden, dass auch kleine und mittelständische Unternehmen die notwendigen Investitionen erbringen können und zugleich große Unternehmen nicht auf staatliche Hilfe spekulieren, sondern das wirtschaftliche Risiko aufgrund mangelnder Diversifizierung selbst tragen. Die Erfahrungen der erheblichen Lieferkettenprobleme in Folge der COVID-19-Pandemie und Putins Angriffskriegs auf die Ukraine haben bereits zu einem Umdenken geführt und Diversifikationsprozesse angestoßen.





## EUROPÄISCHE INVESTITIONSAGENDA JETZT STARTEN

Deutschland und die EU müssen offensiv wirtschaftspolitisch agieren: Es braucht eine Innovations- und Investitionspolitik, durch die wir attraktiver, souveräner und krisenfester werden. **Wir fordern eine neue europäische Investitionsagenda und Industrieoffensive: Angefangen bei stärkeren Anreizen zur Ansiedlung von Solar-, Windrad- und Wasserstoffproduzenten sowie bei wichtigen Schlüsseltechnologien wie Halbleitern, Chips oder Batterien. Mit dem langfristigen Ziel, die EU von seltenen Erden unabhängig zu machen, müssen neue Lieferketten erschlossen und die europäische Forschung gestärkt werden. Wir brauchen eine Reform des EU-Beihilferechts, die schnelle und zielgerichtete Subventionen in den Mitgliedstaaten zulässt.** Die zügige Vollendung der europäischen Kapitalmarktunion kann hier außerdem dabei helfen, die notwendigen großen Investitionssummen zu mobilisieren.

Wir müssen aus den Fehlern der Vergangenheit im Bereich der erneuerbaren Energien lernen. Der Staat muss die grüne Transformation unserer Wirtschaft finanziell flankieren und sicherstellen, dass kein weiteres Know-how abwandert. Um künftig nicht von einer Ressourcenabhängigkeit in eine Transportabhängigkeit zu geraten, benötigen wir den Aufbau einer hochflexiblen Tankschiffflotte in staatlicher Hoheit, die in Europa gebaut wird. Diese muss vorübergehend den Transport von LNG sicherstellen, aber von Anfang an perspektivisch für den Transport von Wasserstoff-Derivaten konzipiert sein. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass die notwendige Infrastruktur zur Versorgung mit Energie und Grundstoffen geschaffen wird.

Chinesische Investitionen in kritische deutsche Infrastruktur müssen vorausschauend unterbunden werden. Dafür müssen Deutschland und die EU stärker investieren und europäische Unternehmen fördern. Ansonsten gilt: Ausländische Investitionen haben eine positive Wirkung auf Deutschland. Sie sollten deshalb willkommen sein und nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Das ist für uns als Exportnation lebenswichtig. Deshalb müssen in Deutschland auch für Unternehmen mit chinesischen Investitionsstrukturen die gleichen Grundsätze gelten wie für Unternehmen ohne chinesische Investitionsstrukturen. Bei Bundes- oder Europafördermitteln muss sichergestellt werden, dass weder Know-how noch Daten abfließen und durch die Volksrepublik genutzt werden können. Dafür gibt es gute Beispiele von Sicherheitskonzepten, die zusammen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ausgearbeitet worden sind.





Im Gegenzug muss zu unserer China-Strategie gehören, dass ein positiver Umgang auch in der Volksrepublik China für deutsche Firmen und Investoren selbstverständlich wird. Die derzeitige de facto Ungleichbehandlung und daraus resultierende Asymmetrie in den Wettbewerbsbedingungen ist für die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen ein belastender Faktor und nicht weiter hinnehmbar.

**Wir fordern Wirtschaftspolitik auf Augenhöhe in einer globalisierten Welt. Reziprozität muss entscheidender Bestandteil unserer Politik mit China sein. Wenn chinesische Unternehmen in Deutschland investieren dürfen, muss dies auch in gleichem Maße für deutsche Firmen in China gelten, hierzu gehören auch ausländische Direktinvestitionen.** Hierzu bedarf es insbesondere eines Dialogs, um die Hürden für die Ratifikation des *Umfassenden Investitionsabkommens* (CAI) der EU und China abzubauen. Denn dieses Abkommen ist ein bedeutender Schritt in Richtung der Marktliberalisierung in China und ermöglicht durch den Abbau von Investitionshemmnissen und die Priorisierung von Wechselseitigkeit eine Durchsetzung der deutschen und europäischen Interessenlage.

Die chinesische Regierung sollte zudem für mehr Transparenz im Verhältnis zwischen Unternehmen und Staat sorgen, um existierende Vorbehalte in Deutschland abzubauen. Es muss Klarheit über die Eigentumsverhältnisse chinesischer Unternehmen geben, genauso wie über die Bedingungen, zu denen staatliche Unternehmen in China Kredite beziehen.

Gleichzeitig müssen wir verhindern, dass China europäische Staaten beliebig gegeneinander ausspielen kann. Durch gezielte Investitionen, z.B. auf dem Balkan und in mögliche EU-Beitrittsländer, baut China seinen politischen Einfluss weiter aus. Das müssen wir verhindern, indem wir diese Länder deutlich stärker im Blick haben und durch Investitionsmittel unterstützen. Hierzu zählen für uns auch europäische Investitionen in die Schiene, den Luftverkehr, den Seeweg und die Straße. **Infrastrukturprojekte müssen als aktiver Teil in diese Partnerschaften eingebunden werden. In einer globalisierten Gesellschaft sind neben den Produktions- auch die Transportkosten zentraler Bestandteil in der Kostenkalkulation.** Zusätzlich kann nur durch die Stärkung unserer europäischen Nachbarschaftspolitik langfristig eine nachhaltige Entwicklung und Diversifikation entlang der gesamten Wertschöpfungskette sichergestellt werden. Die EU Global Gateway Strategie ist ein wichtiges geopolitisches Instrument, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit auf dem europäischen Kontinent und in dessen direkter Nachbarschaft durch die Förderung in den Bereichen digitale Konnektivität,





Energie und strategische Verkehrskorridore zu gewährleisten, weshalb ihre Bestrebungen insbesondere auch in unserem Interesse sind.

## DEUTSCHE SICHERHEITSINTERESSEN WAHREN

Eine starke zukünftige deutsch-chinesische Handelspartnerschaft darf nicht zulasten unserer Sicherheitsinteressen gehen. Wo vitale Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik betroffen sind, von öffentlichen Einrichtungen, Universitäten und Forschungseinrichtungen, Unternehmen des Staates bis hin zu privaten Unternehmen, ist eine intensive Überprüfung chinesischer Investitionen erforderlich, um diese gegebenenfalls auf Grundlage des Außenwirtschaftsgesetzes zu verbieten. Gleichzeitig müssen wir uns auch vor der Spionage von Nachrichtendiensten oder chinesischen Unternehmen schützen.

Die Bereiche der kritischen Infrastruktur müssen neu definiert werden, um Schlüsselbereiche auf deutscher und europäischer Ebene vor unerwünschter Einflussnahme zu schützen. Es gibt bereits gute Beispiele von Sicherheitskonzepten, die zusammen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ausgearbeitet worden sind. Gleichzeitig müssen bereits getätigte Investitionen in kritische Infrastruktur, wie in 5G, geprüft und wo notwendig rückabgewickelt werden. Zudem muss die EU in diesen strategischen Bereichen eine geschlossene Haltung entwickeln.

**Deutsche und europäische Investitionen in Schlüsseltechnologien (KI, Arznei- und Wirkstoffproduktion, Sicherheits- und Konnektivitätstechnologien (5G), Photovoltaik- und Wasserstofftechnologien) sind nötiger denn je.** Die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass wichtige Industriebereiche in der Hand europäischer Partner bleiben und außereuropäischer Wissensabfluss unterbunden wird.

**Durch die Investition in und die Bildung von Kompetenzclustern können Zukunftsindustrien bei ihrer Ansiedlung und Etablierung unterstützt werden. Zusätzlich bedarf es neben einer deutlichen Planungsbeschleunigung auch einer Investitionssicherheit für Unternehmen, damit diese langfristige Produktionskapazitäten in Deutschland und Europa aufbauen.** Hier muss schnellstmöglich der rechtliche und finanzielle Rahmen geschaffen werden. Nur durch eine modular gestaltete europäische Förderkulisse kann sich unsere Wirtschaft langfristig





souverän aufstellen. Ein wichtiger erster Baustein für eine solche Innovations- und Industriestrategie sind die *Important Projects of Common European Interest* (IPCEI), die einer ausreichenden Finanzierung durch die Mitgliedstaaten bedürfen.

## NEUE HANDELSPARTNERSCHAFTEN UND MEHR FREIHANDEL ERMÖGLICHEN

**Nicht Abschottung, sondern freier Handel und mehr Partnerschaften müssen die deutschen und europäischen Antworten auf die wirtschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit sein.** Dies ist nur im Schulterschluss mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften erfolgreich möglich. Die aktuellen Verhandlungen der EU mit den Mercosur-Staaten und die zuletzt erfolgreich geschlossenen Abkommen mit Singapur, Vietnam und Japan zeigen, dass es weltweit Partner gibt, die einen Handel entlang des Wertekanons der EU anstreben. Bilaterale Freihandelsabkommen zwischen der EU und den ASEAN-Staaten dienen als zentrale Bausteine zur langfristigen Schaffung eines Freihandelsabkommens zwischen den Regionen. Auch deshalb müssen die Verhandlungen mit Malaysia, den Philippinen und Thailand weiter intensiviert werden.

Mit dem Ausbau von Freihandelsabkommen sowie der konsequenten Umsetzung und Vertiefung der Handelsagenda der Bundesregierung bestehen zahlreiche Möglichkeiten für starke Industrie- und Rohstoffpartnerschaften. Besonders mit den aufstrebenden Nationen in Afrika, Lateinamerika und der Karibik sowie den ASEAN-Staaten müssen die Wirtschaftsbeziehungen vertieft werden. **Im Sinne einer „China plus Eins-Strategie“ bedarf es in Zukunft weiterer Anstrengungen, um durch neue Handelsabkommen die deutschen und europäischen Handelsströme auszuweiten.** Hierbei müssen insbesondere Wachstumsmärkte wie etwa Indien gezielt in den Blick genommen werden. Indien wird China zeitnah als bevölkerungsstärkstes Land der Welt ablösen. Deutschland und die EU brauchen ein umfassendes Freihandelsabkommen mit Indien. Ein neuer Anlauf für ein weitreichendes EU-Freihandelsabkommen mit den USA muss ebenso unser Ziel sein.

Übergeordnetes Ziel einer erfolgreichen und souveränen Wirtschaftspolitik muss der Abbau von Asymmetrien sein. Dies kann nur erfolgen, wenn Deutschland aktiv und kohärent die europäische Souveränitätspolitik prägt. Deutschland muss sich aktiv für eine gemeinsame Position innerhalb der EU einsetzen. Deshalb fordern wir nachdrücklich eine von europäischen







Werten geleitete Außen- und Wirtschaftspolitik und die proaktive Sicherstellung europäischer Standards von allen Handelspartnern.

**SEEHEIMER KREIS**

in der SPD-Bundestagsfraktion

c/o Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1 11011 Berlin

Tel.: 030 227-70035

Fax: 030 227-70043

E-Mail: [seeheimer.kreis@bundestag.de](mailto:seeheimer.kreis@bundestag.de)  
[www.seeheimer-kreis.de](http://www.seeheimer-kreis.de)

[www.facebook.com/Seeheimer.Kreis](http://www.facebook.com/Seeheimer.Kreis)

Twitter: [@seeheimer](https://twitter.com/seeheimer)

Instagram: [seeheimerkreis](https://www.instagram.com/seeheimerkreis)